

14884/J XXVII. GP

Eingelangt am 27.04.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordnete Peter Wurm
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Milliarden-Grab: EU bestellte um unser Geld neun(!) Corona-Impfungen pro Bürger**

Die Eurokraten unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen produzieren mit Corona-Impfstoffbeschaffungen ein weiteres Euro-Milliardengrab:¹

Milliarden-Grab: EU bestellte um unser Geld neun (!) Corona-Impfungen pro Bürger

Ein unfassbarer Skandal: Die EU orderte während der Pandemie 4,2 Milliarden Dosen an Corona-Impfstoff bei den Pharmakonzernen – also neun Impfungen pro Bürger. Gebraucht wurde davon aber nur ein Viertel der Impfstoff-Mengen. Aber nun pochen die Produzenten auf Einhaltung der Lieferverträge.

In einigen europäischen Hauptstädten brodelt es gewaltig: Die Regierungen wollen nicht für Kosten aufkommen, die ihnen EU-Bürokraten – mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an der Spitze – eingebrockt haben. Es geht um riesige Mengen an Corona-Impfstoff, die während der Pandemie geordert, aber nicht benötigt wurden.

Offenbar gingen die zuständigen Beamten auf Nummer sicher und deckten sich bei den bekannten Herstellern mit unfassbaren 4,2 Milliarden Dosen an Vakzinen ein. Das macht für jeden EU-Bürger eine Impfstoff-Menge für neun Spritzen.

Hinter verschlossenen Türen wird jetzt mit den Produzenten verhandelt, damit bestellte Vakzine erst gar nicht mehr angeliefert und somit auch nicht mehr bezahlt werden müssen. Doch so einfach wollen Pfizer & Co. auf das Milliardengeschäft nicht verzichten.

Vorschlag: Impf-Dosen in bedürftige Regionen spenden

Laut “Financial Times” soll zumindest Pfizer der EU-Kommission in der Zwischenzeit entgegengekommen sein und den Lieferumfang um 40 Prozent

¹ <https://express.at/milliarden-grab-eu-bestellte-um-unser-geld-neun-corona-impfungen-pro-buerger/>

gesenkt haben. Aber auch für die nicht produzierten Impfdosen will der Konzern eine Kompensation und fordert dafür Geld.

Vor allem Bulgarien, Polen, Litauen und Ungarn haben gegen die bestehenden Verträge in Brüssel protestiert: "Wir sind nicht mit Lieferungen einverstanden, die über den Bedarf der Mitgliedsstaaten hinausgehen, vor allem, solange es keine Klärung über die weitere Verwendung von Impf-Boostern gibt", hieß es in einer gemeinsamen Erklärung.

Ihr Vorschlag: Die EU-Kommission, die den Impfstoff selbst einkaufte, solle ihn den einzelnen Mitgliedsstaaten wieder abkaufen und in bedürftige Regionen spenden. Dafür aufkommen darf in jedem Fall der Steuerzahler.

Übrigens: Wenn eine Impfstoff-Dosis im Schnitt nur 20 Euro kostet (Daten von statista.com), dann hat die EU-Führung 84 Milliarden Euro vom Steuergeld der Europäer für diese Shopping-Tour bei den Pharmafirmen ausgegeben – also den Gegenwert von mehr als 200.000 Einfamilienhäusern.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Haben Sie als zuständiger Gesundheitsminister dieser aktuellen Covid-19-Impfstoffbeschaffung zugestimmt?
 - a. Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Rahmen (mündlich, schriftlich)?
2. Welche Beamten des BMSGPK vertreten aktuell die Interessen der Republik Österreich bzw. des BMSGPK in Fragen der Covid-19-Impfstoffbeschaffung?
3. Haben Sie oder einer Ihrer grünen Vorgänger-Gesundheitsminister Rudolf Anschober bzw. Dr. Wolfgang Mückstein zu irgendeinem Zeitpunkt gegen die Intransparenz der Covid-19-Impfstoffbeschaffung durch die EU protestiert und die Offenlegung der Vertragsinhalte verlangt?
 - a. Wenn ja, wann und in welcher Form?
 - b. Wenn nein, warum nicht?